

Protokoll der Gemeindeversammlung vom Donnerstag, 25. Juni 2015, um 20.15 Uhr im Gemeindesaal Rodersdorf

Traktanden

1. Wahl der Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen
2. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2014
3. Rechnung 2014
 - 3.1 Genehmigung der Kreditüberschreitungen
 - 3.2 Genehmigung der Rechnung 2014
4. Kreditbewilligung Sanierung Areal Grossbühl
5. Genehmigung des Reglements für den Einsatz von Videoüberwachung bei Schulgebäuden und -anlagen
6. Verschiedenes

Gemeindepräsidentin Kälin begrüsst die Anwesenden und bittet die Nichtstimmberechtigten auf separate Plätze.

Sie informiert, dass ein dringliches Postulat eingereicht wurde, das nach "5. Genehmigung des Reglements für den Einsatz von Videoüberwachung bei Schulgebäuden und -anlagen" behandelt wird.

1. Wahl der Stimmenzähler/Stimmenzählerinnen

//. Auf Vorschlag von GP Kälin werden Frau Aimée Bürgi und Herr Matthias Bosshard mit grossem Mehr ohne Gegenstimme als Stimmenzähler gewählt.

Es sind 45 Stimmberechtigte anwesend.

2. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2014

Das Protokoll lag auf der Kanzlei zur Einsichtnahme auf. Der Gemeindeschreiber verliest die Anträge und Beschlüsse.

//. Das Protokoll wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimme genehmigt.

Herr Peter Pudewell verlangt, dass die Enthaltungen ebenfalls gezählt werden.

GP Kälin erklärt, dass dies im Gemeindegesetz nicht erwähnt werde. Zudem verzögere dies den Verlauf der Versammlung.

3. Rechnung 2014

Investitionsrechnung (Seite 5 - 7)

Die Einwohnerkasse weist Nettoinvestitionen auf in der Höhe von	CHF	394'247.65
Der Voranschlag sah vor:	CHF	876'273.00

Die Wasserkasse weist Nettoinvestitionen auf in der Höhe von	CHF	87'085.60
Der Voranschlag sah vor:	CHF	61'700.00
Die Abwasserkasse weist Nettoinvestitionen auf in der Höhe von	CHF	185'368.90
Der Voranschlag sah vor:	CHF	107'500.00

Laufende Rechnung (Seite 9 – 24)

Die Laufende Rechnung schliesst mit einem Aufwandüberschuss in der Höhe von	CHF	92'305.77
Der Voranschlag sah einen Aufwandüberschuss vor in der Höhe von:	CHF	338'109.00
Der gegenüber dem Voranschlag erzielte Minderaufwand beträgt	CHF	245'803.23
Die ordentlichen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens betragen	CHF	437'419.60
Der Voranschlag sah ordentliche Abschreibungen vor in der Höhe von	CHF	438'970.00

Auflösung von Vorfinanzierungen und Verwendung als Abschreibung

In der Laufenden Rechnung werden Vorfinanzierungen aufgelöst in der Höhe von	CHF	1'021'000.00
Der Voranschlag sah vor, Vorfinanzierungen aufzulösen in der Höhe von:	CHF	1'030'000.00

Verwendung des Aufwandüberschusses

Der Gemeinderat beantragt, den Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2014 mit dem Eigenkapital zu verrechnen.		
Eigenkapital am 01.01.2014	CHF	3'415'284.52
Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung 2014	CHF	92'305.77
Eigenkapital am 01.01.2015	CHF	3'322'978.75

Rechnung Spezialfinanzierung Wasser

Die Wasserrechnung schliesst nach Vornahme einer ordentlichen Abschreibung von CHF 49'877.95 mit einem Aufwandüberschuss in der Höhe von	CHF	79'018.57
Der Voranschlag sah einen Aufwandüberschuss vor in der Höhe von	CHF	25'370.00
Der gegenüber dem Voranschlag erlittene Mehraufwand beträgt	CHF	53'648.57

Rechnung Spezialfinanzierung Abwasser

Die Abwasserrechnung schliesst nach Vornahme einer ordentlichen Abschreibung von CHF 24'810.70 mit einem Ertragsüberschuss in der Höhe von	CHF	27'122.45
Der Voranschlag sah einen Ertragsüberschuss vor in der Höhe von	CHF	10'870.00
Es wurde eine zusätzliche Abschreibung getätigt infolge Auflösung Werterhalt in der Höhe von	CHF	41'446.80
In den Werterhalt der Anlagen in der Spezialfinanzierung Abwasser wurde eine Einlage getätigt in der Höhe von	CHF	31'409.30

Rechnung Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung

Die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung schliesst mit einem Aufwandüberschuss in der Höhe von	CHF	14'241.11
Der Voranschlag sah einen Aufwandüberschuss vor in der Höhe von	CHF	10'265.00

3.1 Genehmigung der Kreditüberschreitungen

	Rechnung 2014	Voranschlag 2014	Kreditüber- schreitung
	Aufwand	Aufwand	
ALLGEMEINE VERWALTUNG			
Bauverwaltung			
Sitzungsgeld Baukommission	16'451.05	9'000.00	-7'451.05
Verwaltungsliegenschaften (Schulhaus Dorf)			
Baulicher Unterhalt	43'413.10	25'000.00	-18'413.10
ÖFFENTLICHE SICHERHEIT			
Sicherheitsdienst			
Massnahmen Sicherheit	12'281.20	0.00	-12'281.20
Feuerwehr			
Unterhalt Maschinen, Geräte, Ausrüstung und Fahrzeuge	31'736.45	13'000.00	-18'736.45
BILDUNG			
Kindergarten			
Personalaufwand ZSL (n.subv.)	29'806.70	21'000.00	-8'806.70
Musikschule			
Beitrag an MUSOL	223'855.00	217'352.00	-6'503.00
Schulanlagen (Schulhaus Grossbühl)			
Besoldung	40'782.05	30'000.00	-10'782.05
Baulicher Unterhalt	19'918.55	10'000.00	-9'918.55

KULTUR, FREIZEIT			
Kulturförderung			
Kulturelle Veranstaltungen	16'834.05	9'000.00	-7'834.05
Jugend + Familien			
Unterhalt Jugendräume	6'539.00	0.00	-6'539.00
Allgemeine Sozialhilfe			
Kosten Kindes- + Erwachsenen-schutz	17'707.20	4'701.00	-13'006.20
Sozialhilfe			
Lastenausgleich Sozialhilfe	530'870.00	486'020.00	-44'850.00
Lastenausgleich Sozial-administration	88'362.00	83'135.00	-5'227.00
VERKEHR			
Gemeindestrassen			
Aushilfen	10'080.50	5'000.00	-5'080.50
Unterhalt Fahrzeuge+Maschinen	15'085.00	10'000.00	-5'085.00
UMWELT, RAUMORDNUNG			
Wasserversorgung (Spezialfinanzierung)			
Anschaffung Mobiliar, Geräte, Werkzeuge, Wasseruhren	14'797.20	7'000.00	-7'797.20
Unterhalt Leitungsnetz+Hydranten	71'065.25	40'000.00	-31'065.25
Abfallbeseitigung (Spezialfinanzierung)			
Grüngut (Kompostierung)	32'137.25	24'000.00	-8'137.25
Friedhof, Bestattung			
Baulicher Unterhalt	37'203.50	10'000.00	-27'203.50
Naturschutz			
Beitrag Natur-&Heimatschutzfonds (Grundstückgewinn)	14'497.20	3'000.00	-11'497.20

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeinderat **beantragt** der Gemeindeversammlung, die Kreditüberschreitungen zu genehmigen.

//. Zum Eintreten wird das Wort nicht verlangt, daher ist stillschweigend Eintreten beschlossen.

Herr Darius Weber weist auf verschiedene stark abweichende Positionen und erkundigt sich, ob man den Abweichungen ausgeliefert sei oder ob Unwissenheit der Grund sei.

GP Kälin erklärt, dass zum Teil in einem Jahr budgetiert wird und die Ausgaben erst im Folgejahr in der Rechnung erscheinen. Andererseits betrifft dies gebundene Ausgaben, wo der Gemeinderat keine Einflussmöglichkeiten habe.

FV Oser weist darauf hin, dass z.B. die Beiträge an die Kosten der Friedhofmauer zwei Jahre zurückgestellt wurden.

Herr Urs Jeker erkundigt sich nach dem Sicherheitsdienst.

VP Matthes erklärt, dass es sich dabei um die Aufwendungen für den Bewachungsdienst im Rahmen der Einbruchprävention handelt. Die Massnahmen wurden aufgrund der Einbruchswelle erst nach der Genehmigung des Budgets ergriffen.

// Die Gemeindeversammlung genehmigt die Kreditüberschreitungen mit grossem Mehr ohne Gegenstimme.

Stimmzähler Matthias Bosshard teilt mit, dass nun **47** Stimmberechtigte anwesend sind.

3.2 Genehmigung der Rechnung 2014

Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission

Die Rechnungsprüfungskommission hat die vorliegende Jahresrechnung 2014 der Einwohnergemeinde Rodersdorf geprüft und beantragt der Gemeindeversammlung und dem Gemeinderat, diese zu genehmigen.

Antrag des Gemeinderats:

Der Gemeinderat **beantragt** der Gemeindeversammlung, die Rechnung 2014 zu genehmigen.

GR Frank zeigt anhand von Säulendiagrammen die Abweichungen zwischen Budget und Rechnung auf.

// Zum Eintreten wird das Wort nicht verlangt, daher ist stillschweigend Eintreten beschlossen.

Herr Thomas Labhart erkundigt sich nach dem Grund für die Verdoppelung der Kosten bei der Feuerwehr.

VP Matthes erklärt, dass dies einerseits auf den Patrouillendienst (CHF 12'000) und andererseits auf die Reparaturkosten der Pumpe auf dem Tanklöschfahrzeug (CHF 18'000) zurückzuführen ist.

Herr Heinrich Trümpy erkundigt sich nach den Gründen für den Aufwandüberschuss bei der Wasserversorgung.

GR Frank teilt mit, dass vermehrt Leitungsbrüche zu beheben waren.

Die Rechnung 2014 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF 92'305.77 ab. Der Steuerfuss wurde auf 125 % festgelegt.

Bei der Turnhalle wurden Rückstellungen von CHF 1'021'000 aufgelöst. Abschreibungen wurden wie folgt getätigt: Einwohnergemeinde CHF 437'419.60, Wasserversorgung CHF 49'877.95 und Abwasserbeseitigung CHF 24'810.70.

Die Rückzahlung eines Darlehens hat geringeren Kapitaldienst zur Folge.

Zur Investitionsrechnung wird bemerkt, dass es bei den Strassenbauten und in der Folge auch bei Wasser und Abwasser Verzögerungen gab.

- // Die Gemeindeversammlung genehmigt die Rechnung 2014 mit grossem Mehr ohne Gegenstimme.

4. Kreditbewilligung Sanierung Areal Grossbühl

Eine Initiative von Einwohnerinnen und Einwohnern (Verein Im Grossbühl) hat sich zum Ziel gesetzt, das Schulhausareal Grossbühl für die Nutzerinnen und Nutzer besser zu gestalten. Der Gemeinderat hat dieses Ansinnen von Beginn weg unterstützt. Vom Kanton für den Turnhallen-neubau gesprochene Subventionen sollen dafür eingesetzt werden.

Die Planungskommission hat sich zusammen mit dem Verein Im Grossbühl Gedanken gemacht, welche Massnahmen dafür geeignet sein können.

An der Gemeinderatssitzung vom 12. Februar hat die Planungskommission, vertreten durch David Wagner und Max Eichenberger und der Verein Im Grossbühl vertreten durch Niklaus Studer, dem Gemeinderat die Massnahmen vorgestellt.

Zum einen sollen die Arena und die unmittelbare Umgebung der Arena neu gestaltet werden. Der Verein im Grossbühl engagiert sich mit eigener Arbeitsleistung für die Massnahme. Der Gemeinderat unterstützt das Vorhaben (Material und Einsatz von Fachleuten) finanziell und beschliesst einstimmig, dafür einen Kredit von CHF 32'400 zu genehmigen.

Zum Zweiten sollen sechs neue Sitzbänke angeschafft werden, die auf dem Areal verteilt werden sollen.

Der Gemeinderat hat dafür einen Rahmenkredit von CHF 20'000 bewilligt und später einen Anschaffungskredit von CHF 17'000 nach Vorliegen der Offerte durch den Lieferanten, die Vosseler AG, Rodersdorf.

Weitere Massnahmen sind nicht geplant in der verbleibenden Legislaturperiode.

Die Arena ist mittlerweile mit grosser Unterstützung von Freiwilligen neu erstellt worden.

Die Bänke sind bestellt worden, um rechtzeitig für die kommenden Anlässe und Festivitäten (z.B. 500 Jahr Solothurnisches Leimental, Feier am Samstag, 26. September „Ludi Rodersdorf! Quinque saeculis pagus Solodurum“) zur Verfügung zu stehen.

Antrag des Gemeinderats:

Der Gemeinderat **beantragt** der Gemeindeversammlung, nachträglich den Kredit über CHF 32'400 und den Kredit über CHF 17'000 für die beiden Massnahmen zu genehmigen.

- // Zum Eintreten wird das Wort nicht verlangt, daher ist stillschweigend Eintreten beschlossen.

Herr Niklaus Studer präsentiert die ausgeführten Arbeiten anhand von Fotos und erklärt, dass ca. 70 Personen an den Arbeiten am 9.5.2015 beteiligt waren.

- // Die Gemeindeversammlung genehmigt die Kredite von CHF 32'400 für die Neugestaltung der Arena und Umgebung sowie von CHF 17'000 für sechs neue Sitzbänke mit grossem Mehr ohne Gegenstimme.

5. Genehmigung des Reglements für den Einsatz von Videoüberwachung bei Schulgebäuden und -anlagen

Nachdem vermehrt Schäden im Bereich Schulhaus Grossbühl durch Vandalismus aufgetreten sind und immer wieder, trotz Alkoholverbot, Glasscherben und Flaschen herum lagen, hat sich der Gemeinderat dafür entschieden, den Bereich Schulhaus Grossbühl mit einer Videoüberwachung

auszurüsten. Für eine Videoüberwachung ist zwingend notwendig, dass die Gemeinde über ein Reglement für die Videoüberwachung verfügt.

Das Reglement wurde unter Anlehnung an Reglemente der Kantone Zürich und Solothurn ausgearbeitet und liegt nun der Gemeindeversammlung vor. Darin werden Zweck, Umfang, Verwendung und Zuständigkeiten umschrieben.

Antrag des Gemeinderats:

Der Gemeinderat **beantragt**, das Reglement für den Einsatz von Videoüberwachung bei Schulgebäuden und -anlagen zu genehmigen.

//. Die Gemeindeversammlung beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme Eintreten auf das Geschäft.

Herr Max Eichenberger ist nicht glücklich über das Thema. Das Gelände wurde nun schön gestaltet und er befürchtet, dass die Überwachung die Stimmung stören könnte. Statt einer technischen Lösung sollte eher eine soziale Lösung gesucht werden. Es ist eine gewisse Ratlosigkeit spürbar. Der Platz wurde für die Bevölkerung neu gestaltet und sollte durch sie in Besitz genommen werden. Es wäre gut, wenn eine Person gefunden werden könnte, welche die soziale Kontrolle übernehmen würde. Herr Eichenberger anerkennt, dass das Reglement sehr sorgfältig erstellt wurde.

GP Kälin erklärt, dass der Gemeinderat diesen Aspekt ebenfalls besprochen hat. Diese Lösung wurde jedoch als zu kostenintensiv angesehen, da eine qualifizierte Person dafür angestellt werden müsste.

Die Montage einer Überwachungskamera schreckt möglicherweise etwas ab. Andere werden sich dadurch jedoch nicht abschrecken lassen.

Herr Niklaus Studer meint, dass sich die jungen Leute durch die Überwachung eher provoziert fühlen. Es wird mit Reaktionen zu rechnen sein.

Frau Maya Rechsteiner empfindet eine Videoüberwachung im Dorf als unangenehm und glaubt, dass die Aktivitäten vom Schulhausplatz einfach an einen anderen Ort verlagert werden.

Herr Silvan Rechsteiner ist sich sicher, dass die jungen Leute kreative Gegenmassnahmen ergreifen werden.

VP Matthes stimmt zu, dass kreative Massnahmen zu erwarten sein werden. Andererseits ist die Videoüberwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln allgegenwärtig. Er weist darauf hin, dass z.B. Scherben auf dem Platz eine Gefahr für spielende Kinder darstellen. Die Videoüberwachung soll helfen, Schäden an Einrichtungen und Gebäuden zu verhindern.

Herr Darius Weber erkundigt sich, ob die Gemeindeversammlung nur über das Reglement oder auch über die Montage der Videoüberwachung abstimmt.

GP Kälin hält fest, dass das genehmigte Reglement die rechtliche Grundlage für die Einrichtung der Videoüberwachung darstellt.

Herr Ulrich Gujer befürchtet, dass aufgrund der bisherigen Erfahrungen nach jedem Wochenende Schäden festgestellt werden können. Dies bedeutet, dass nach jedem Wochenende die Aufzeichnung überprüft würde. Es sollte nicht wegen jeder Bagatelle geprüft werden, wer dafür verantwortlich ist.

GP Kälin erklärt, dass nicht ohne Grund bzw. Anlass überprüft werden darf.

Auf die Frage von Frau Diana Altenbach, was denn verhindert werden solle erklärt GR Hasler, dass Beschädigungen nicht zwischen 20 und 23 Uhr, sondern später verursacht werden. Es soll keine Überwachung der Jugendlichen, welche die Anlagen benützen, erfolgen.

GR Grundschober weist darauf hin, dass in Zürich sämtliche Schulen überwacht werden.

Herr Thomas Labhart erkundigt sich nach der "roten Linie".

GP Kälin erklärt, dass die Sitzbänke aus den Verankerungen gerissen werden und unter dem Vordach der Turnhalle Feuer entfacht wird. Zudem sind viele Scherben auf dem Platz und teilweise auch Reste von starken alkoholischen Getränken. Solches kann nicht toleriert werden.

VP Matthes ergänzt, dass es nicht um Bagatelldfälle geht. Der Gemeinderat muss jedoch einen Ermessensspielraum haben.

Frau Maya Rechsteiner befürchtet, dass nach jedem Wochenende viel Zeit in die Überprüfung investiert werden soll. Es sollte dagegen viel mehr in die Beziehungspflege investiert werden.

Herr Heinrich Trümpy weist darauf hin, dass der Zeitaufwand des Werkdienstes zur Beseitigung von Flaschen und Abfall am Montagmorgen jeweils sehr gross ist. Es ist auch wichtig, dass klar bekannt gemacht wird, was akzeptiert wird und was nicht. Es braucht klare Regeln und Sanktionen bei Nichteinhaltung.

Frau Maya Rechsteiner spricht sich auch für das Setzen von Grenzen aus. Dies sollte jedoch im Gespräch und nicht mit der Montage einer Kamera erfolgen.

GP Kälin weist darauf hin, dass der Einsatz einer Person, welche die soziale Kontrolle wahrnimmt rasch zu hohen Kosten führt.

Jedermann ist jedoch aufgefordert, den Schulhausplatz zu benützen und damit die soziale Kontrolle auszuüben sowie im Bedarfsfall das Gespräch mit Personen, die sich nicht an die Regeln halten, zu suchen.

- // Die Gemeindeversammlung genehmigt das Reglement für den Einsatz von Videoüberwachung bei Schulgebäuden und -anlagen mit 24 gegen 16 Stimmen.

6. Dringliches Postulat für zusätzliche Bildungsmöglichkeiten für die Asylbewerber

Herr Thomas Labhart reicht ein Dringliches Postulat mit folgendem Begehren ein:

Der Gemeinderat und die Asylkommission werden gebeten, im Rahmen der Betreuung der Asylbewerber zusätzliche Bildungsmöglichkeiten in der Region anzubieten. Dieses Integrationsangebot soll ergänzend zu den Angeboten des Kantons erfolgen und auf die jeweiligen Asylbewerber zugeschnitten sein. Als Beispiel können die Angebote des K5 (Basler Kurszentrum für Menschen aus 5 Kontinenten) in Basel dienen. Dieser Ausbau des Bildungsangebots soll aus den Mitteln finanziert werden, die unsere Gemeinde vom Kanton für die Betreuung von Asylbewerbern bezieht und die in den letzten Jahren nur zum Teil dafür ausgegeben wurden.

Herr Labhart begründet das Begehren wie folgt:

In der Laufenden Rechnung der Gemeinde Rodersdorf werden bei den Kosten "für die Betreuung der Asylbewerber" regelmässig Überschüsse in der Grössenordnung von CHF 13'000 bis 21'000 ausgewiesen, die in die allgemeine Kasse der Gemeinde fliessen. (Vgl. Laufende Rechnung 2014, Seite 16). Bei der unteren Grenze ist auch der Verwaltungsaufwand bereits eingerechnet. Dieser Überschuss entsteht, weil die Entschädigungen des Kantons an die Gemeinde für die Betreuung der Asylbewerber höher sind als der Aufwand der Gemeinde. Da die Betreuung durch die Asyl-

kommission erfolgt und nicht durch private Betreuungsfirmen, entsteht durch dieses Engagement aus der Zivilgesellschaft ein finanzieller Überschuss. Dieser sollte vollumfänglich in die Integration der Asylbewerber fliessen. Dies umso mehr, als in Rodersdorf z.Z. viele Asylbewerber mit einer vorläufigen Aufnahme in der Schweiz rechnen können. Eine schnelle Integration hilft diesen jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren enorm, und auch die Gemeinwesen werden dadurch finanziell entlastet: Je schneller eine Integration erfolgt, desto weniger Sozialhilfegelder werden für diese Menschen benötigt.

Erfahrungsgemäss dauern beim Kanton Abklärungen für die Kostenübernahme von Bildungsangeboten sehr lange. Je nach Alter der Asylbewerber fallen Angebote auch unter das Schulabkommen des Kantons SO mit Basel Stadt. Wenn Gesuche erst kurz vor der Statusänderung behandelt werden, hilft das niemandem mehr: Die Klienten unterstehen dann einer anderen Behörde und alles beginnt von vorne. Mit dem ja tatsächlich vorhandenen Geld kann die Gemeinde sofort die entsprechend angepassten Bildungsmassnahmen einleiten, ohne auf den Kanton zu warten. Die engagierte Asylkommission wird so in ihrer Betreuungsfunktion sinnvoll unterstützt und kann erfolgreich arbeiten.

GP Kälin teilt mit, dass der Kanton Solothurn in erster Instanz für die Asylsuchenden zuständig ist. Die Gemeinde Rodersdorf bietet einen Deutschkurs und Aufgabenhilfe bereits an.

Herr Max Eichenberger erinnert sich an frühere Fälle, wo man sich bemüht hatte, Asylsuchende in einen Deutschkurs zu schicken. Dies erwies sich als schwierig und es ist vorgekommen, dass die nötige Kostengutsprache zeitgleich mit der Anerkennung als Flüchtling eintraf und somit die betreffende Person einer anderen Institution zugewiesen wurde.

Dies kann auch jetzt noch passieren und es ist deshalb wichtig und kostengünstiger, frühzeitig mit einer Sprachschulung beginnen zu können.

GR Hauser bedauert, dass kein Mitglied der Asylkommission anwesend ist und Auskunft über die bisher geleistete Arbeit und die Angebot geben kann.

GR Meier stellt fest, dass die Gemeinde eine Pflicht zur Integration habe. Die Schulangebote sind jedoch voll belegt. Vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge haben Vorrang. Es ergeben sich dadurch Wartezeiten für die Asylsuchenden von 2 bis 3 Monaten.

GR Meier befürwortet deshalb diese Schulungsmöglichkeit.

Herr Matthias Bosshard spricht sich dafür aus, das vorhandene Geld für die Asylsuchenden zu verwenden.

GP Kälin erläutert das weitere Prozedere:

Zuerst ist über die Dringlichkeit und anschliessend über die Erheblichkeit des Postulats abzustimmen. Bei Zustimmung würde der Gemeinderat dazu verpflichtet, einen Vorschlag auszuarbeiten.

- .//. Die Gemeindeversammlung beschliesst mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen die Dringlichkeit des Postulats.
- .//. Die Gemeindeversammlung beschliesst mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen die Erheblichkeit des Postulats.

7. Verschiedenes

VP Matthes teilt mit, dass die Ausschreibungen zum Wärmeverbund erfolgt sind. Es sollen Angebote für das Voll- und Teilcontracting eingereicht werden. Die Anbieter werden eingeladen. Anschliessend werden die Anträge an den Gemeinderat formuliert.

Herr Matthias Bosshard erkundigt sich nach dem Veloweg nach Flüh.

GP Kälin teilt mit, dass die Rodersdorfer Nachrichten in einem neuen Layout erscheinen werden. Darin sind Informationen über den Veloweg enthalten. Bei Baubeginn wurde die BLT AG betr. Veloweg angefragt. Auch die Gemeinde Leymen wurde angegangen. Ein Veloweg ist schon seit einiger Zeit von grossem Interesse für die Bevölkerung von Rodersdorf. Das Vorhaben wird auch vom "Forum Schwarzbubenland" logistisch unterstützt. Es sollen Beiträge von INTERREG V über die NRP (Neue Regionalpolitik) beantragt werden. Die französischen Partner haben einen Planer beauftragt. Es besteht die Hoffnung, dass der Veloweg im nächsten Jahr realisiert werden könnte.

Herr Thomas Labhart weist auf den neuen Wanderbus nach Ferrette hin. Das Sundgau-Büssli verkehrt im Sommer bis in den Herbst.

Herr Peter Steiger erkundigt sich nach der Pflanzung bei der Turnhalle Grossbühl.

GP Kälin teilt mit, dass der Neubau Turnhalle abgeschlossen werden muss. Erst anschliessend sollen weitere Arbeiten geplant werden. Das Schulhaus soll im nächsten Jahr zudem umfassend renoviert werden.

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr.

Die Gemeindepräsidentin:

Der Gemeindegeschreiber: